

An den
Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung des Landes NRW und des Bundes

Erlass über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen zur Bewältigung der Folgen von Extremwetterereignissen, Erlass des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz - III-3 - 40-00-00 vom 14.03.2019, kofinanziert

mit

Fördergeldern des Bundes nach dem Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK-Gesetz - GAKG)

Antragsteller(in)	Az. des RFA:
1.1 Name / Bezeichnung ¹⁾	
1.2 Anschrift ¹⁾	Straße: PLZ, Ort:
1.3 Unternehmensnummer	U.-Nr.:
1.4 Vertretungsberechtigte Personen ²⁾	Name, Vorname:
1.5 Auskunft erteilen:	Name, Vorname: Telefon: E-Mail-Adresse:
1.6 Antragsteller selbst ist ein forstwirtschaftlicher Zusammenschluss oder darin Mitglied ¹⁾	<input type="checkbox"/> Forstbetriebsgemeinschaft <input type="checkbox"/> Waldgenossenschaften <input type="checkbox"/> Forstbetriebsverband <input type="checkbox"/> Waldwirtschafts-genossenschaften <input type="checkbox"/> Forstwirtschaftliche Vereinigung
Name d. Zusammenschl., falls abweichend von 1.1	
1.7 andere Einrichtung oder Vereinigung ¹⁾	<input type="checkbox"/> privatrechtlich <input type="checkbox"/> öffentlich-rechtlich

¹⁾ Pflichtfeld, sofern gegeben/vorhanden

²⁾ bitte Nachweis, z.B. Vollmacht beifügen

2. Maßnahme

2.1 Bezeichnung und Beschreibung der Maßnahme

Ich beantrage zu folgende(m/n) Maßnahmenbereich(en) eine Zuwendung:

- | | |
|---|-------------|
| <input type="checkbox"/> 2.2.1 Überwachung von Schadorganismen mit Lockstoffen
(Borkenkäfer an Fichte) | EUR gesamt, |
| <input type="checkbox"/> 2.2.2 , erster Halbsatz: Maßnahmen zur Bekämpfung von
Schadorganismen wie Aufarbeitung von befallenem Holz
(z.B. Entrinden, Transport von Holz) | EUR gesamt, |
| <input type="checkbox"/> 2.2.2 , zweiter Halbsatz: Sonstige Maßnahmen zur Herabsetzung
der Bruttauglichkeit von Holz, Restholz und Reisig (z.B. Hacken) | EUR gesamt |
| <input type="checkbox"/> 2.3 Anlage von Nass- und Trockenlagern zur Lagerung des aus dem
Wald gebrachten Kalamitätsholzes in Rinde | EUR gesamt, |

Beschreibung der Maßnahme: (bei Bedarf bitte zusätzlich Anlage beifügen)

(ausführliche Beschreibung: was, wann, wo, wie, warum ...)

2.2 Durchführungszeitraum

voraussichtlicher Beginn des Vorhabens:
Monat / Jahr

voraussichtliches Ende des Vorhabens:
Monat / Jahr

3. Finanzierungsplan und zeitliche Verteilung

3.1 Gesamtkosten der Maßnahme ²⁾	EUR	
3.2 Eigenanteil ²⁾	EUR	
3.3 Darlehen ²⁾	EUR	
3.4 Leistungen Dritter ²⁾(ohne öffentliche Förderung)	EUR	
Jahr der voraussichtlichen Fälligkeit	20	20
3.5 beantragter Zuschuss des Landes:	EUR	EUR
3.6 zusätzlich zu diesem Antrag beantragte / bewilligte öffentliche Förderung	Förderprogramm/Richtlinie: EUR	

²⁾Beträge ohne MWSt

4. Persönliche Erklärungen / Verpflichtungen

Ich verpflichte mich / Wir verpflichten uns,

- 4.1 geförderte Sachen mindestens während der Zweckbindungsfrist sachgemäß zu unterhalten. Dazu zählt insbesondere, investiv geförderte Anlagen (z.B. Lagerplätze) fünf Jahre ab Fertigstellung zu unterhalten.
- 4.2 als private(r) Antragsteller(in) bei der Vergabe von Aufträgen für Lieferungen und Dienstleistungen und bei einem Gesamtbetrag der Zuwendung bis 100.000 EUR:
- Aufträge bis zu einer Wertgrenze von 500 EUR nach formloser Preisermittlung (Direktkauf) zu tätigen,
 - Aufträge mit einer Wertgrenze von über 500 EUR bis 100.000 EUR nach Einholung von mindestens 3 Angeboten im Wettbewerb (formlose Preisermittlung) freihändig zu vergeben.
- Bei anteilfinanzierten Maßnahmen stelle ich die Angebote auf dem „Angebotsvergleichsblatt“ zusammenfassend dar. Die Nachweise lege(n) ich / wir vor Bewilligung vor.
- 4.3 Wenn ich / wir nicht Eigentümer der Flächen / Bäume bin / sind, lege(n) ich / wir die Einverständniserklärung des Eigentümers / der Eigentümerin vor.
- 4.4 Originalbelege 10 Jahre nach Vorlage des Schlussverwendungsnachweises aufzubewahren und für Prüfzwecke verfügbar zu machen.
- 4.5 Ihnen oder den von Ihnen ernannten Bewertern, Prüfern oder anderen Stellen, die Aufgaben an ihrer Stelle wahrnehmen, alle erforderlichen Informationen zu übermitteln, die eine Evaluierung des Programms ermöglichen.
- 4.6 über alle das Vorhaben betreffenden Vorgänge Buch zu führen oder für diese einen geeigneten Buchführungscode zu verwenden.

Ich erkläre / Wir erklären, dass

- 4.7 ich / wir alle Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht habe(n), sie durch geeignete Unterlagen belegt werden können und dass die in diesem Antrag (einschließlich Anlagen) gemachten Angaben vollständig und richtig sind,
- 4.8 mir / uns die oben genannten Regelungen aus dem Erlass des MULNV vom 14.03.2019 bekannt sind,
- 4.9 ich / wir nicht Bund und Land oder eine juristische Personen bin / sind, deren Kapitalvermögen sich zu mindestens 25 % in den Händen des Bundes oder eines Bundeslandes befindet (gilt nicht für Genossenschaften nach dem Gemeinschaftswaldgesetz),
- 4.10 ich / wir keine Zuwendung für Vorhaben auf Grundstücken im Eigentum der unter Ziffer 4.9 aufgeführten Eigentümer beantrage(n),
- 4.11 der beantragte oder bewilligte Zuschuss nicht abgetreten wird,
- 4.12 mit dem beantragten Vorhaben noch nicht begonnen wurde (als Maßnahmenbeginn ist grundsätzlich eine Auftragserteilung, also der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten).
- 4.13 ich / wir davon Kenntnis genommen habe(n), dass bei Abweichungen von allen Angaben dieses Antrags, von denen die Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung oder das Belassen der Zuwendung abhängig ist, zu Rückforderungen führen kann,

- 4.14 ich / wir alle Angaben in diesem Antrag, von denen die Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung oder das Belassen der Zuwendung abhängig ist, gewissenhaft und vollständig gemacht habe(n). Ich / wir habe(n) davon Kenntnis genommen, dass diese Angaben zusätzlich zu Ziffer 4.23 subventionserheblich im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch in Verbindung mit § 1 des Gesetzes über die Vergabe von Subventionen nach Landesrecht (Landessubventionengesetz) sowie § 2 Abs. 1 Subventionengesetz sind und versicher(e/n), dass mir / uns die Subventionserheblichkeit von Angaben und Tatsachen sowie die Strafbarkeit eines Subventionsbetrugs bekannt sind,
- 4.15 ich / wir bei einem Verkauf der Flächen, auf denen die Fördermaßnahmen realisiert wurden, innerhalb des Zeitraumes meiner / unserer Unterhaltungsverpflichtung (Zweckbindungsfrist) den Erwerber veranlasse(n), durch eine schriftliche Erklärung gegenüber dem zuständigen Regionalforstamt die vorstehenden Verpflichtungen zu übernehmen. Ist der Erwerber hierzu nicht bereit, habe(n) ich / wir die Zuwendung mit Zinsen zurückzuzahlen. Der Erstattungsanspruch ist mit 5 v.H. über dem jeweiligen Basiszinssatz nach § 247 BGB jährlich zu verzinsen,
- 4.16 in den letzten drei Steuer- bzw. Kalenderjahren keine weiteren als die in meiner „De minimis“- Erklärung angegebenen „De minimis“-Beihilfen erhalten habe(n),
- 4.17 ich / wir der Bewilligungsbehörde weitere Unterlagen, die zur Beurteilung der Antragsberechtigung, der Anspruchsvoraussetzungen sowie zur Feststellung der Höhe der Zuwendung erforderlich sind, auf Anforderung vorlegen werde(n),
- 4.18 ich / wir der Bewilligungsbehörde weitere Unterlagen, die zur Beurteilung der Anspruchsberechtigung, der Antragsvoraussetzungen sowie zur Feststellung der Höhe der Zuwendung erforderlich sind, auf Anforderung vorlegen werde(n),
- 4.19 über mein / unser Vermögen kein Vergleichs-, Insolvenz-, Sequestrations- oder Gesamtvollstreckungsverfahren unmittelbar bevorsteht, beantragt oder eröffnet worden ist bzw. ich / wir keine eidesstattliche Erklärung nach § 807 ZPO (Vorlage eines Vermögensverzeichnisses) abgegeben habe(n) und die Gesamtfinanzierung des beantragten Vorhabens gesichert ist,
- Ich verpflichte mich / wir verpflichten uns auch, bis zum Ablauf der Zweckbindungsfrist ein unmittelbar bevorstehendes Vergleichs-, Insolvenz-, Sequestrations- oder Gesamtvollstreckungsverfahren oder die Beantragung über die Eröffnung eines solchen Verfahrens gegen mich / uns unverzüglich der Bewilligungsbehörde mitzuteilen,
- 4.20 gegen mich / gegen uns in den letzten fünf Jahren weder eine Geldbuße von wenigstens 2.500 Euro nach § 404 Abs. 2 Nr. 3 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch rechtskräftig verhängt, noch dass ich rechtskräftig nach den §§ 10, 10a oder 11 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes zu einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen verurteilt wurde.
- 4.21 ich / wir neben dem Verwaltungsverfahrensgesetz des Landes NRW (VwVfG) auch die Verwaltungsvorschriften (VV) zu § 44 LHO beachten und ich / wir sie im Regionalforstamt oder auf der Internetseite des Landesbetriebs Wald und Holz Nordrhein-Westfalen einsehen werde.

Ich erkläre mich / Wir erklären uns damit einverstanden, dass

- 4.22 die Angaben im und zum Antrag an die für die Maßnahmen des Förderprogramms zuständigen Organe des Landes übermittelt werden können. Die Erhebung vorstehender Angaben beruht auf § 26 Abs. 2 Satz 1 und 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes des Landes NRW. Die Kenntnis dieser Angaben dient der Überprüfung der Zuwendungsvoraussetzungen. Eine Berücksichtigung ist nur möglich, wenn die Angaben in diesem Antrag enthalten sind,
- 4.23 die Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen sowie die Angaben im und zum Antrag auch an Ort und Stelle durch die zuständigen Behörden und Prüforgane des Landes NRW kontrolliert werden können, dass ich / wir oder meine / unsere Vertretung dem beauftragten Kontrollpersonal die geförderten

Flächen bezeichnen und sie auf diese begleiten, ihnen das Betretungsrecht, das Recht auf die Entnahme von Proben, ein angemessenes Verweilrecht auf den Grundstücken und in den Betriebs- und Geschäftsräumen sowie Einsichtnahme in die für die Beurteilung der Beihilfevoraussetzungen notwendigen Unterlagen einräumen und die notwendigen Auskünfte erteilen muss / müssen,

4.24 meine / unsere Angaben zum Zwecke einer zügigen Bearbeitung des Antrages sowie zu statistischen Zwecken gespeichert werden – und dass diese Angaben zum Zweck des Schutzes der finanziellen Interessen von Bund und Land an deren zuständigen Organe übermittelt und von diesen verarbeitet werden.

5. Erforderliche Anlagen (bitte ankreuzen, wenn dem Antrag bereits beigelegt)

- ausgefülltes Formular zur Beantragung einer Unternehmensnummer (falls noch nicht vergeben)
- Antragsunterlagen und Bescheide über anderweitige öffentliche Förderung betreffend (sofern gegeben) bei Anteil- / Vollfinanzierung den Nachweis zur Höhe der Gesamtausgaben / Investitionskosten, durch:
 - alle Schreiben der Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes („Lastenheft“)
 - alle eingegangenen Angebote
 - Angebotsvergleichsblatt (dient auch zur Dokumentation bei Direktkauf)
- Auszug aus dem Handels- bzw. Genossenschaftsregister oder Gewerbeschein (bei gewerbl. Antragstellern)
- Satzung bzw. Gesellschaftsvertrag (bei Genossenschaften, Gesellschaften oder Vereinen etc.)
- Vollmacht der gesetzlichen Vertretung, soweit sie nicht im zuständigen Regionalforstamt vorliegt (z.B. FBG)
- „De minimis“-Erklärung
- Flurkarte bzw. Lageplan
- Nachweis der Holzmengen (z.B. Aufmaßlisten oder Messprotokolle)
- Einverständnis- / Verpflichtungserklärung des Eigentümers (sofern nicht Eigentümer der Maßnahmenfläche)

Datum

Rechtsverbindliche Unterschrift(en)

Antrag gültig am:

(Datum)

(Name, Unterschrift)